



Kurznachrichten der Vertretung des Landes Brandenburg bei der EU

Redaktionsschluss 30. April 2018

Liebe Leserinnen und Leser,

diese Ausgabe unseres Monatsberichts greift mit dem Top-Thema aktuelle Entwicklungen bei der Bekämpfung des Terrorismus auf. Der Terrorismus ist (auch) in der EU ein leider nur zu bekanntes Phänomen, das in seiner islamistischen Ausprägung seit den Anschlägen auf das World Trade Centers in New York City von 2001 oder durch das Auftreten der Terrororganisation `Islamischer Staat` viele Menschen stark berührt hat und zweifellos auch in den nächsten Jahren unseren Alltag weiter begleiten wird. Im Jahr 2005 wurde die EU-Strategie zur Terrorismusbekämpfung mit dem Ziel verabschiedet, Europa sicherer zu machen und dafür gegen den Terrorismus weltweit vorzugehen. Dieses Verständnis spiegelt sich seither in einer erheblichen Zahl von Maßnahmen und Vorhaben wider, die sich Dank des EU-weiten ganzheitlichen Ansatzes sowie unter ausgewogener Beachtung der Rechte und Freiheiten der Menschen als unmittelbarer Sicherheitsgewinn für die Bürgerinnen und Bürger der EU und darüber hinaus auswirken. Daran knüpft das aktuelle Anti-Terror-Paket mit überwiegend gesetzgeberischen Vorhaben zu den Aspekten Ausweisdokumente, Finanzinformationen, Explosivstoffe, Feuerwaffen und elektronische Beweismittel an.

Von Jens Hammerschmidt

P. S.



Am 2. Mai 2018 hat die Europäische Kommission ihren Vorschlag für den Mehrjährigen Finanzrahmen für den Zeitraum von 2021 bis 2027 (MFR post 2020) vorgelegt und dem Europäischen Parlament vorgestellt. In unseren Kurznachrichten für Mai 2018 werden wir darauf ausführlich eingehen.

https://ec.europa.eu/germany/news/20180502-eu-budget_de

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20180426IPR02611/eu-haushalt-nach-2020-ein-schritt-nach-vorne-aber-keine-revolution>

Unsere Themen im Überblick

Grußwort	1
I. Top Thema: KOM - Erweiterung des Anti-Terror-Pakets	4
II. Aktuelle Entwicklungen – kurz und knapp –	6
1. Brexit.....	6
1.1. EP: Stand der Verhandlungen.....	6
1.2. AdR: Studie über die regionalen Folgen des Brexit	6
2. Inneres	7
2.1. KOM: Griechenland erhält Unterstützung für Geflüchtete	7
2.2. Frontex: Treffen von EU-Agenturen im Bereich Küstenschutz.....	7
2.3. KOM: Onlineplattform ReSoMa gestartet	7
2.4. KOM: Eurobarometer zum Thema Zuwanderung und Integration.....	8
2.5. Rat: Schlussfolgerungen zu böswilligen Cyberaktivitäten	8
2.6. KOM: Bericht zur Integration mit Handlungsempfehlungen	8
2.7. KOM: Vorschlag zu neuer Richtlinie für Whistleblower	9
2.8. Eurostat: Migrationsstatistiken und Konsultation	9
3. Justiz und Verbraucherschutz	10
3.1. KOM: Reform des Gesellschaftsrechts	10
3.2. EP: Neufassung der Geldwäsche-Richtlinie.....	10
3.3. Stärkung der Verbraucherrechte.....	10
3.4. KOM: Schutz vor krebserregenden Substanzen am Arbeitsplatz.....	11
4. Finanzen	11
4.1. KOM: Studie zu Hürden im Finanzdienstleistungsbereich.....	11
4.2. KOM, ESM: Grundsätze für die Zusammenarbeit	12
4.3. KOM: Direktzugriff auf Bankdaten	12
4.4. Eurostat: Öffentliches Defizit in der Eurozone und in der EU28.....	12
4.5. EZB: Studie zu europäischer Einlagensicherung	13
5. Wirtschaft und Energie	13
5.1. KOM: Wirtschaftsabkommen mit Japan und Singapur	13
5.2. Rat: Grenzüberschreitende Paketzustellung.....	13
5.3. Rat: Verordnung gegen unlauteren Wettbewerb im Handel.....	14
5.4. EUA: Klimamaßnahmen in fast allen EU-Ländern	14
6. Wissenschaft, Forschung und Kultur	14
6.1. KOM: Netzwerk europäischer Hochschulen.....	14
6.2. KOM: Gemeinsamer europäischer Datenraum	15
7. Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie.....	15

7.1.	Rat: Einigung zu Europass.....	15
7.2.	KOM: Eurobarometer zu sozialer Fairness.....	15
7.3.	KOM: Bericht zu angemessenen Renten.....	16
7.4.	EP: Vertretung von Frauen im Mediensektor.....	16
7.5.	EuGH: Religion als Einstellungskriterium.....	16
8.	Infrastruktur und Landesplanung.....	17
8.1.	KOM: Notrufsystem „eCall“.....	17
8.2.	KOM: Europas Straßen zählen zu den sichersten.....	17
8.3.	KOM: Gemeinsamer europäischer Datenraum / Verkehr.....	17
8.4.	EP: Regelung zur Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden.....	18
8.5.	EP, KOM: Initiative „DiscoverEU“:.....	18
8.6.	EuGH: Regionalen Abgaben für große Einzelhandelsunternehmen.....	18
8.7.	EuGH: Ausgleichszahlungen bei wildem Streik des Flugpersonals.....	19
8.8.	EP: Schärfere Kontrolle von Kraftfahrzeugen.....	19
9.	Verschiedenes.....	19
9.1.	KOM: Fortschrittsberichte zu Westbalkan-Staaten und Türkei.....	19
9.2.	Geberkonferenz für Syrien und die Region.....	20
III.	Öffentliche Konsultationen.....	21
IV.	Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesvertretung.....	22

I. Top Thema: KOM - Erweiterung des Anti-Terror-Pakets

Die KOM hat nach dem Paket praktischer Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung vom 18. Oktober 2017 nunmehr am 17. April 2018 weitere – überwiegend gesetzgeberische – Maßnahmen vorgeschlagen, um terroristische Handlungen und Straftaten zu erschweren und die Sicherheit der europäischen Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen. Gegenstand der Maßnahmen sind Regelungen zu Ausweisdokumenten, Finanzinformationen, Explosivstoffen, Faustfeuerwaffen und elektronischen Beweismitteln. Hintergrund sind die Leitlinien der KOM, in denen die Sicherheit der EU einen zentralen Aspekt darstellt. Der Erste Vizepräsident der KOM, Frans Timmermans, erklärte hierzu: „Das Thema Sicherheit hat für diese Kommission seit dem ersten Tag oberste Priorität. [...] Kriminellen und Terroristen soll der Zugang zu den Instrumenten und Mitteln, die sie für ihre Straftaten brauchen, schlichtweg versperrt werden – damit erfüllen wir unser Versprechen und sorgen für eine Union, die Schutz bietet.“



Erweiterung des Pakets zur Terrorismusbekämpfung; modifiziert aus: KOM, Factsheet: „Security Union“, April 2018.

Für **Ausweisdokumente** sollen demnach gemeinsame EU-weite Sicherheitsmerkmale festgelegt werden. Eine maschinelle Lesbarkeit und die Nutzung biometrischer Daten (Fingerabdrücke und Gesichtsbilder) wären dann verpflichtend, der Zugriff auf diese Daten unterläge strengen Sicherheitsvorschriften. Das Zeitfenster für die Erneuerung aller Personalausweise von EU-Bürgern und der Aufenthaltstitel von Familienangehörigen aus Nicht-EU-Ländern beziffert die KOM auf 5 Jahre. Das Ziel der Maßnahmen ist die Verhinderung der Fälschung von Ausweisdokumenten und deren Nutzung zur Einreise durch Terroristen und Straftäter.

Zur Bekämpfung der **Terrorismusfinanzierung** soll zukünftig ein direkter Zugang zu in nationalen Zentralregistern vorliegenden Kontoinformationen für Strafverfolgungsbehörden und Vermögensabschöpfungsstellen beim Vorliegen entsprechender Straftaten möglich sein. So kann im Einzelfall erleichtert festgestellt werden, über welche Konten ein Verdächtiger verfügt. Die Zusammenarbeit zwischen den nationalen Strafverfolgungsbehörden, den nationalen zentralen Meldestellen für Geldwäsche-Verdachtsanzeigen (FIU) und den Mitgliedstaaten soll zudem verbessert werden, sodass auf diesem Weg vereinfacht u. a. Daten über Finanztransaktionen angefordert werden können.

Hinsichtlich der Vorschriften zu Vorläufersubstanzen von **Explosivstoffen** schlägt die KOM eine Verschärfung vor. Hierunter fallen das Verbot von weiteren, d. h. bisher nicht betroffenen, Chemikalien, neue Prüf- und Genehmigungssysteme bei nachweislich legaler Verwendung, eine an Unternehmen gerichtete Meldeverpflichtung verdächtiger Transaktionen und ein verbesserter Informationsaustausch der zuständigen Behörden. Ziel ist es, die bisher existierende Sicherheitslücke zu schließen, die es Terroristen ermöglichte, selbst Sprengstoffe aus erwerbbaaren Vorläuferstoffen herzustellen.

Der illegale Handel mit **Faustfeuerwaffen** soll durch einen besseren Informationsaustausch, zum Beispiel unter Nutzung zentraler nationaler Datenbank über erteilte und verweigerte Genehmigungen, und entsprechende Kontrollverfahren, Personen betreffend die Ausfuhrgenehmigungen beantragen, eingedämmt werden.

Bezüglich **elektronischer Beweismittel** schlägt die KOM Maßnahmen zur Vereinfachung und Beschleunigung der Verfahren bei grenzüberschreitenden Ermittlungen vor. Dies würde es Justizbehörden eines Mitgliedstaats ermöglichen, Daten unmittelbar bei dem in der EU tätigen Dienstanbieter bzw. bei dessen gesetzlichem Vertreter anzufordern. Dabei ist es nicht erforderlich, die Justizbehörden des anderen Mitgliedstaats einzubinden. Zudem würde dieser verpflichtet, die Daten deutlich schneller als bisher zur Verfügung zu stellen. Ferner kann (im Vorfeld einer Entscheidung über die Übersendung eines Herausgabeersuchens) zunächst eine Datenspeicherung angeordnet werden, um Datenlöschungen wegen Ablaufs von Speicherfristen zu verhindern. Die Vorschläge würden Rechtssicherheit bei den Unternehmen schaffen und wahren zudem die Einhaltung der Grundrechte durch strenge Vorschriften zur Anordnung.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-3301_de.htm

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-3343_de.htm

II. Aktuelle Entwicklungen – kurz und knapp –

1. Brexit

1.1. EP: Stand der Verhandlungen

Im konstitutionellen Ausschuss (AFCO) berichtete der Brexit-Koordinator des EP, MdEP Guy Verhofstadt (ALDE/BEL), am 25. April 2018 über den aktuellen Stand der Austrittsverhandlungen mit Großbritannien (UK). Bei den verbleibenden Fragen handele es sich um die bisher schwierigsten wie z. B. Rechte der Bürgerinnen und Bürger, Nordirland und Governance (Streitbeilegung). Das EP beabsichtige keinem Austrittsabkommen zuzustimmen, welches nicht eine harte Grenze zwischen IRL und Nordirland vermeide. Bei den Rechten der Bürger sei es wichtig, dass UK einfache und effiziente Verwaltungsverfahren gewährleiste. Verhofstadt erklärte weiterhin, er halte ein Assoziierungsabkommen für den geeigneten Rahmen der künftigen Beziehungen zwischen der EU und UK. Damit könne vielen Einzelabkommen vorgebeugt und ein einheitlicher Governance-Rahmen für alle Aspekte der Partnerschaft festgelegt werden. Aktuell laufen die Verhandlungsrunden zwischen der EU und UK zu den ungelösten Fragen des Austrittsabkommens weiter. Der Brexit wird auch beim Europäischen Rat am 28./29. Juni 2018 behandelt. Spätestens im Oktober 2018 soll die Verhandlungsphase für das Austrittsabkommen enden.

1.2. AdR: Studie über die regionalen Folgen des Brexit

Nach einer Studie des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR) über die regionalen Folgen des Brexit ist Deutschland nach Irland das am zweitstärksten betroffene Land in der EU. Innerhalb Deutschlands sind die Regionen Hamburg, Berlin, Köln und Düsseldorf besonders betroffen, da das BIP zurückzugehen droht; die Region Brandenburg Südwest folgt an achter Stelle. Ähnlich negative Folgen werden auch in Belgien, Niederlande und Malta erwartet. Im Vergleich zu größeren Unternehmen werden die lokalen kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMUs) am meisten unter den Folgen des Brexit leiden, da KMUs über weniger Ressourcen verfügen, die möglichen Konsequenzen des Brexit objektiv zu bewerten und sich dementsprechend darauf vorzubereiten – so die Studie.

<https://www.eubusiness.com/Books/regions-brexit>

2. Inneres

2.1. KOM: Griechenland erhält Unterstützung für Geflüchtete

Die KOM hat am 3. April 2018 neue Mittel i. H. v. 180 Mio. EUR für Hilfsprojekte in Griechenland angekündigt. Dazu gehört u. a. die Aufstockung des Programms ESTIA (Emergency Support To Integration & Accommodation – Soforthilfe für Integration und Unterbringung), das die Unterbringung von Flüchtlingen und ihren Familien in Städten ermöglicht und ihre Versorgung mit regelmäßiger Bargeldhilfe vorsieht.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-2604_de.htm

2.2. Frontex: Treffen von EU-Agenturen im Bereich Küstenschutz

Die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) und die europäische Fischereiaufsicht organisierten am 11. und 12. April 2018 die erste jährliche Veranstaltung der Europäischen Küstenwache. Mehr als 120 Teilnehmende, u. a. von der KOM und nationalen Behörden, erhielten einen Einblick in fünf Bereiche der interinstitutionellen Zusammenarbeit. Ziel war die Verbesserung des Informationsaustausches, die Unterstützung bei der Durchführung von Operationen sowie der Kapazitäten-Aufbau.

<https://frontex.europa.eu/media-centre/news-release/eu-agencies-meet-on-future-activities-of-the-european-coast-guard-9f0SFG>

2.3. KOM: Onlineplattform ReSoMa gestartet

Seit dem 12. April 2018 können Expertinnen und Experten im Bereich Migration und Asyl die Onlineplattform ReSoMa (Research Social Platform on Migration and Asylum) nutzen, welche im Rahmen des Programms Horizont 2020 finanziert und durch ein Konsortium von 10 Organisationen umgesetzt wird. Ziel ist die Förderung der Zusammenarbeit und des Austauschs von Akteuren im Bereich Migration für eine faktengestützte Politikgestaltung durch qualitativ hochwertige Forschung. Die Nutzung erfolgt durch Registrierung und Mitteilung der aktuellen Forschung bzw. des Fachwissens der jeweiligen Akteure.

<https://ec.europa.eu/migrant-integration/news/europe-create-your-expert-profile-on-brand-new-online-platform?lang=de>

2.4. KOM: Eurobarometer zum Thema Zuwanderung und Integration

Am 13. April 2018 wurde eine Eurobarometerstudie veröffentlicht, in welcher 28.080 EU-Bürgerinnen und Bürger, darunter 1.554 Deutsche, zum Thema Zuwanderung und Integration befragt wurden. Inhalt dieser Umfrage waren die Mediendarstellung, allgemeine Wahrnehmung und persönliche Erfahrungen sowie Integrationsansätze. Die Ergebnisse zeigen u. a., dass mit 69% der EU-Bürgerinnen und -Bürger und 80% der Deutschen die Mehrheit der Europäerinnen und Europäer der Ansicht sind, dass Integrationsförderung langfristig eine notwendige Investition darstellt.

http://europa.eu/rapid/press-release_MEX-18-3323_en.htm

<http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/survey/getsurveydetail/instruments/special/surveyky/2169>

2.5. Rat: Schlussfolgerungen zu böswilligen Cyberaktivitäten

Am 16. April 2018 nahm der Rat die Schlussfolgerungen zu böswilligen Cyberaktivitäten an. Hierin wird betont, wie wichtig der EU „ein globaler, offener, freier, stabiler und sicherer Cyberraum [ist], in dem die Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie die Rechtsstaatlichkeit uneingeschränkt gelten, für das soziale Wohlbefinden, das Wirtschaftswachstum, den Wohlstand und die Integrität unserer freien und demokratischen Gesellschaften“. Es wird weiterhin die Besorgnis über entsprechende Cyberaktivitäten von Drittstaaten und nichtstaatlichen Organisationen bekundet und die „böswillige Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien“ verurteilt. Zukünftig werde sich die EU weiter für die Durchsetzung des geltenden Rechts auch im Cyberraum einsetzen.

<http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2018/04/16/malicious-cyber-activities-council-adopts-conclusions/pdf>

2.6. KOM: Bericht zur Integration mit Handlungsempfehlungen

Die KOM und die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) veröffentlichten am 18. April 2018 eine Checkliste zu Problemen und deren Bewältigung im Bereich Integration von Menschen mit Migrationshintergrund. Hierzu wurden Erfahrungen aus OECD-Ländern sowie konkrete Bemühungen in acht europäischen Großstädten, darunter Berlin, ausgewertet. Daraus erlangte Erkenntnisse flossen in 12 Empfehlungen für lokale, regionale und nationale Entscheidungstragende in Politik und Praxis ein, die Bereiche wie Gesundheit, Arbeit, Wohnen, Arbeitsmarkt, Bildung und Soziales betreffen.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-3321_de.htm

http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/studies/pdf/local_integration.pdf

2.7. KOM: Vorschlag zu neuer Richtlinie für Whistleblower

Am 23. April 2018 schlug die KOM, auch aufgrund jüngster Skandale wie den Panama Papers oder Cambridge Analytica vor, sog. Whistleblower, die im Rahmen ihrer Arbeitsbeziehungen Informationen zu illegalen Handlungen im öffentlichen Interesse weitergeben, besser zu schützen. Unternehmen mit mehr als 50 Beschäftigten bzw. einem jährlichen Umsatz von mehr als 10 Mio. EUR müssen interne Verfahren für Hinweisgebende etablieren. Auch Landes- und Regionalverwaltungen und Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnerinnen und Einwohnern von dem Richtlinienentwurf erfasst. Ziel ist die Einführung eines Meldesystems, das organisationsinterne Meldekanäle, Meldungen an zuständige Behörden und Meldungen an Öffentlichkeit / Medien vorsieht.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-3441_de.htm

2.8. Eurostat: Migrationsstatistiken und Konsultation

Am 9. und 19. April 2018 veröffentlichte Eurostat neue Zahlen zur Migration in und nach Europa. Im Jahr 2016 erteilten die Mitgliedstaaten rund 995.000 Personen die jeweilige Staatsangehörigkeit; ein Anstieg um 18% gegenüber dem Vorjahr. 12% der Eingebürgerten waren zuvor Bürgerin oder Bürger eines anderen EU-Mitgliedstaates; der Anteil ehemals britischer Staatsangehöriger verdoppelte sich. Die größte Gruppe der neuen EU-Bürgerinnen und Bürger kommen aus Marokko. Ferner garantierten die Mitgliedstaaten im Jahr 2017 insgesamt 538.000 Asylsuchenden Schutz, ein Rückgang um 25% gegenüber dem Vorjahr. Die größte Gruppe der Schutzsuchenden waren syrische Staatsangehörige. Im Rahmen der Bemühungen der EU mit der europäischen Agenda zur Migration den veränderten Herausforderungen in diesem Bereich zu begegnen, ruft die KOM Bürgerinnen und Bürger sowie Organisationen vom 6. April bis 4. Mai 2018 zur Mitteilung von Feedback auf. Hintergrund ist der neue politische Bedarf an Statistiken über Asyl und gesteuerte Migration, welche vom derzeitigen Rechtsrahmen nicht abgedeckt wird und geändert werden muss.

http://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/initiatives/ares-2018-1845130_de

<http://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/8791101/3-09042018-AP-DE.pdf/de70d967-4969-4d6f-b431-28a255d90b74>

<http://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/8817675/3-19042018-AP-EN.pdf/748e8fae-2cfb-4e75-a388-f06f6ce8ff58>

3. Justiz und Verbraucherschutz

3.1. KOM: Reform des Gesellschaftsrechts

Die KOM hat am 25. April 2018 Vorschläge vorgelegt, um das Gesellschaftsrecht im europäischen Binnenmarkt zu modernisieren. Danach sollen Unternehmen sämtliche Schritte zur Gründung einer GmbH oder einer Zweigniederlassung mittels grenzübergreifend zugänglicher digitaler Angebote online abwickeln zu können. Gleichzeitig sollen die nationalen Behörden künftig untereinander Informationen über Personen, die von Geschäftsführungs- oder Vorstandsfunktionen ausgeschlossen wurden, abrufen und in Betrugsverdachtsfällen eine Präsenz vor Ort einfordern können, um Betrug oder Missbräuche zu verhindern. Umorganisationen (grenzüberschreitende Spaltung in zwei oder mehr neue Gesellschaften) und grenzüberschreitende Umzüge ein anderes EU-Mitgliedsland (grenzüberschreitende Umwandlung) sollen auf der Grundlage gemeinsamer Bestimmungen erfolgen können. Gleichzeitig enthalten die neuen Vorschriften strenge Vorkehrungen zum Schutz von Arbeitnehmerrechten sowie von Gläubiger- und Aktionärsinteressen. Mit den neuen Vorschriften sollen außerdem der Steuervermeidung oder anderen missbräuchlichen Zwecken dienende Kunstkonstrukte vermieden werden.

https://ec.europa.eu/germany/news/reform20180425_de

3.2. EP: Neufassung der Geldwäsche-Richtlinie

Am 19. April 2018 hat das EP die im Dezember 2017 mit dem Rat erzielte Vereinbarung zur Novellierung der Richtlinie zur Bekämpfung der Geldwäsche angenommen. Ziel der Richtlinie ist es u. a., die Gründung und missbräuchliche Nutzung von Briefkastenfirmen, die Idgl. zu dem Zweck Vermögen zu verstecken und Geld zu waschen gegründet wurden, zu unterbinden und zu bekämpfen. Gegenstand der Richtlinie ist auch ein besonderer Schutz von Informantinnen und Informanten, die Geldwäschefälle melden. Die Richtlinie muss nunmehr nur noch von Rat formal gebilligt werden. Die geänderte Richtlinie soll Ende 2019 in Kraft treten.

www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/2018411IPRO1527/geldwaesche-bekaempfung-offenlegung-der-wahren-eigentuer-von-unternehmen

3.3. Stärkung der Verbraucherrechte

Die KOM hat am 11. April 2018 ein Paket mit zahlreichen Änderungen der europäischen Gesetzgebung zum Verbraucherschutz vorgelegt. Durch eine Umgestaltung der sog. Unterlassungsrichtlinie sollen qualifizierte Einrichtungen wie Verbraucherverbände auf Unterlassung oder Schadensersatz gerichtete Sammelklagen für Verbrauchende einreichen können.

Mit einer weiteren Richtlinie soll das bestehende Recht zu missbräuchlichen Klauseln in Verbraucherverträgen zur Angabe der Preise, zu unlauteren Geschäftspraktiken von Unternehmen gegenüber Verbrauchenden und zu den Rechten der Verbrauchenden besser durchgesetzt und der digitalen Entwicklung angepasst werden. Die Transparenzanforderungen für Online-Plattformen sollen erhöht, kostenlose Online-Dienste in die Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken integriert und Sanktionen für Verletzungen von Verbraucherrechten harmonisiert werden. Verbrauchende dürfen aber Produkte, die sie nicht nur ausprobiert, sondern bereits verwendet haben, nicht mehr zurückgeben, und die Unternehmen müssen den Kaufpreis nicht mehr erstatten, bevor sie die betreffenden Waren tatsächlich zurückerhalten.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-3041_de.htm

3.4. KOM: Schutz vor krebserregenden Substanzen am Arbeitsplatz

Am 5. April 2018 hat die KOM einen ergänzenden Vorschlag zur Änderung der „Richtlinie über den Schutz der Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch Karzinogene oder Mutagene bei der Arbeit“ vorgelegt. Fünf weitere Expositionswerte für Karzinogene am Arbeitsplatz sollen festgelegt werden. Krebs ist nach Angaben der KOM die häufigste Ursache für arbeitsbedingte Todesfälle. Den fünf genauer bezeichneten Substanzen sind EU-weit ca. 1 Mio. Beschäftigte ausgesetzt. Im Anschluss daran hat die Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (EU-OSHA) am 24. April 2018 die EU-weite Kampagne „Gefährliche Stoffe und gesunde Arbeitsplätze“ auf den Weg gebracht. Ziel ist es, die Sensibilisierung für gefährliche Stoffe am Arbeitsplatz zu erhöhen. Mit der Kampagne sollen Beschäftigte, die unmittelbar gefährlichen Stoffen ausgesetzt sind, aber auch Kleinunternehmen direkt angesprochen werden.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-2662_de.htm

<https://osha.europa.eu/de/healthy-workplaces-campaigns/dangerous-substances-18-19>

4. Finanzen

4.1. KOM: Studie zu Hürden im Finanzdienstleistungsbereich

In einer am 24. April 2018 veröffentlichten Studie weist die KOM auf anhaltende Probleme z. B. beim Erwerb von Investmentfondsanteilen oder Versicherungen hin. Trotz der Anwendung von aktuellen Regeln wie der Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente (MiFID II) oder der Verfügbarkeit von Basisinformationsblättern für Finanzprodukte (PRIIPS) hätten Verbrauchende weiterhin Schwierigkeiten, die für sie notwendigen Informationen über die unterschiedlichen Produkte zu erhalten. Auch seien die Kosten für vergleichbare Produkte

zwischen den Mitgliedstaaten weiterhin sehr unterschiedlich und es würden weiterhin meist keine unabhängigen Beratenden gewählt.

https://ec.europa.eu/info/publications/180425-retail-investment-products-distribution-systems_de

4.2. KOM, ESM: Grundsätze für die Zusammenarbeit

Die KOM und der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) haben am 27. April 2018 eine gemeinsame Absichtserklärung über ihre Arbeitsbeziehungen unterzeichnet, als Beitrag zur laufenden Diskussion über die Vollendung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. In der Absichtserklärung sind die Grundsätze der Zusammenarbeit, die Vorgehensweise bei ESM-Finanzhilfeprogrammen und bei der Überwachung nach Abschluss der Programme, Regelungen in Bezug auf den Informationsaustausch und die Vertraulichkeit sowie Fragen im Zusammenhang mit Fortbildungsprogrammen und Personalaustausch festgelegt.

https://ec.europa.eu/germany/news/20180427-kommission-europaeischer-stabilitaetsmechanismus-grundsaeetze-fuer-zusammenarbeit_de

4.3. KOM: Direktzugriff auf Bankdaten

Am 17. April 2018 legte die KOM im Rahmen des Maßnahmenpakets zur weiteren Umsetzung der Sicherheitsunion einen Richtlinienvorschlag vor, der unter bestimmten Voraussetzungen den Direktzugriff auf Bankdaten ermöglichen soll. Kriminelle Gruppierungen legen ihre Gelder bewusst über die Grenzen der Mitgliedstaaten hinweg an und moderne Technologie ermöglicht es ihnen, Finanzmittel innerhalb weniger Stunden auf Konten anderer Banken zu überweisen, unabhängig von nationalen Grenzen oder verschiedenen Währungen. Für Ermittlungsbehörden ist daher eine zeitnahe und umfassende Informationsgewinnung von Bedeutung, um Verbrechen aufzuklären oder terroristische Aktivitäten zu unterbinden.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-3301_de.htm

4.4. Eurostat: Öffentliches Defizit in der Eurozone und in der EU28

Die EU-Statistikbehörde Eurostat teilte am 23. April 2018 mit, dass das öffentliche Defizit und der öffentliche Schuldenstand im Jahr 2017 sowohl in der Eurozone als auch in der EU28 relativ gesehen im Vergleich zu 2016 gesunken ist. Gemessen am BIP ging das öffentliche Defizit im Euroraum von 1,5% im Jahr 2016 auf 0,9% im Jahr 2017 und in der EU28 von 1,6% auf 1,0% zurück. Gemessen am BIP verringerte sich der öffentliche Schuldenstand im Euroraum von 89,0% (Ende 2016) auf 86,7% (Ende 2017) und in der EU28 von 83,3% auf 81,6%.

<http://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/8824495/2-23042018-AP-DE.pdf/5d3997b2-a0c1-46ec-8336-1bdbc2b452ae>

4.5. EZB: Studie zu europäischer Einlagensicherung

Die EZB hat am 11. April 2018 eine Studie zu einem europäischen Einlagensicherungssystem veröffentlicht. Danach wäre eine europäische Einlagensicherung ein Beitrag zu einem stabileren Finanzsystem, da das Risiko einer Einlegerpanik sinken und die Bankenunion vollendet würde. Unter der Annahme des Kommissionsvorschlags für ein Europäisches Einlagensicherungssystem (EDIS) in Höhe von 0.8% der gesicherten Einlagen (100.000 EUR pro Einleger) könnten auch bei einer schwereren Krise als der von 2007-2009 alle Verluste abgedeckt werden. Es gäbe auch kein Risiko für eine ungerechtfertigte systematische Quersubventionierung. Kein Bankensystem würde systematisch weniger beitragen als es profitieren könnte. Anreizprobleme könnten über risikoabhängige Prämien gelöst werden.

<https://www.ecb.europa.eu/pub/pdf/scpops/ecb.op208.en.pdf>

5. Wirtschaft und Energie

5.1. KOM: Wirtschaftsabkommen mit Japan und Singapur

Die Kommission (KOM) hat dem Rat der Europäischen Union (Rat) am 18. April 2018 die Ergebnisse der Verhandlungen über das Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit Japan sowie über das Handels- und das Investitionsabkommen mit Singapur vorgelegt. Dies ist der erste Schritt auf dem Weg zur Unterzeichnung und zum Abschluss dieser Abkommen. Angestrebt wird ein Inkrafttreten der Handelsabkommen vor Ende des Mandates der KOM in 2019.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-3325_de.htm

5.2. Rat: Grenzüberschreitende Paketzustellung

Der Rat ermöglicht einen weiteren Schritt auf dem Weg zum Digitalen EU-Binnenmarkt: Verbraucherinnen und Verbrauchern sowie Unternehmen soll es gemäß der am 12. April 2018 vom Rat gebilligten Verordnung künftig leichter gemacht werden, Tarife für grenzüberschreitende Paketzustellung und deren Sendungsverlauf nachzuvollziehen. Konkret sieht die Verordnung vor, dass Zustellungstarife auf einer Website veröffentlicht werden, damit die Nutzerinnen und Nutzer sich für die besten Preise entscheiden können.

<http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2018/04/12/council-adopts-cross-border-parcel-delivery-rules-to-boost-e-commerce/pdf>

5.3. Rat: Verordnung gegen unlauteren Wettbewerb im Handel

Am 16. April 2018 hat der Rat seinen Standpunkt zu einer Reform der Regelungen für gedumpte oder subventionierte Einfuhren und entsprechende Gegenmaßnahmen festgelegt. Dies ist ein wichtiger Schritt im Rechtsetzungsverfahren gegen unlauteren Wettbewerb im Handel. Die Verordnung soll die handelspolitischen Schutzinstrumente der EU berechenbarer und transparenter und die diesbezüglichen Informationen v. a. für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) leichter zugänglich machen. Das EP muss nun über die Verordnung abstimmen. Vorbehaltlich der Verabschiedung wird sie ggf. im Juni in Kraft treten.

<http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2018/04/16/council-adopts-its-position-on-a-new-legal-framework-against-unfair-trade-competition/pdf>

5.4. EUA: Klimamaßnahmen in fast allen EU-Ländern

Die Europäische Umweltagentur (EUA) hat einen Bericht veröffentlicht, in dem sie die nationalen Anstrengungen zur Eruierung klimabedingter Gefahren und Risiken sowie deren Gegenmaßnahmenplanung in den Blick nimmt. Darin hält die EUA fest, dass fast alle europäischen Länder sich um die Identifizierung von Klimaveränderungen in ihrer Region bemühen und darüber hinaus prüfen, mit welchen Maßnahmen dem begegnet werden kann. Sie empfiehlt engen und regelmäßigen Austausch mit den Hauptakteuren der von den Klimaveränderungen am meisten betroffenen Sektoren, z. B. Bauern, um Untersuchungsergebnisse zu verbessern und deren Berücksichtigung auf der politischen Agenda zu verwirklichen.

<https://www.eea.europa.eu/publications/urban-adaptation-to-climate-change>

6. Wissenschaft, Forschung und Kultur

6.1. KOM: Netzwerk europäischer Hochschulen

Die KOM arbeitet weiter an der Idee, ein Netzwerk europäischer Hochschulen (EUN) zu etablieren. Eine Pilotausschreibung ist für Oktober 2018 im Rahmen von Erasmus+ geplant. Es wird angenommen, dass ein Budget von ca. 20 Mio. EUR zur Verfügung stehen wird. Eine zweite Ausschreibung mit einem ähnlichen Volumen soll 2019 folgen. Am 16. April 2018 fand zu diesem Thema ein gemeinsamer Workshop der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU (StäV), des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) und der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) in Brüssel statt. Eine ausführliche Dokumentation des Workshops ist hier in englischer Sprache verfügbar:

<http://bruessel.daad.de/veranstaltungen/2018/en/61558-joint-workshop-on-european-university-networks/>

6.2. KOM: Gemeinsamer europäischer Datenraum

Das Maßnahmenpaket vom 25. April 2018 über einen gemeinsamen europäischen Datenraum betrifft auch Bildungs- und Forschungsdaten. Aus Sicht der KOM haben die gesammelten Daten im Bereich der öffentlich finanzierten Forschung ein enormes Weiterverwendungspotenzial, das derzeit nicht ausgeschöpft wird. Die überarbeitete Richtlinie über die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors (PSI-Richtlinie) soll deshalb auch Forschungseinrichtungen und Universitätsbibliotheken einbeziehen. Die Empfehlung zum Zugang wissenschaftlicher Informationen sieht vor, dass nur noch bestimmte Einrichtungen Gebühren für die Weiterverwendung wissenschaftlicher Daten erheben können.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-3364_de.htm

7. Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie

7.1. Rat: Einigung zu Europass

Der Rat hat am 12. April 2018, nach Zustimmung des EP, einen Beschluss über einen gemeinsamen Rahmen für die Bereitstellung besserer Dienste für Fertigkeiten und Qualifikationen (Europass) verabschiedet. Der modernisierte Europass bietet nunmehr ein E-Portfolio für die Speicherung und den Austausch von Informationen, Instrumente für die Selbstbewertung der Kompetenzen sowie Instrumente für die Beschreibung der in formellen und informellen Lernprozessen erworbenen Kompetenzen und Qualifikationen. Erstmals wird Europass auch Informationen zur Unterstützung der Karriereplanung anbieten, u. a. zu Trends und Anforderungen des Arbeitsmarkts sowie zu Beratungs- und Weiterbildungsangeboten in ganz Europa. Mit dem Europass lässt sich ein Lebenslauf erstellen, der auch im Ausland verstanden wird.

https://ec.europa.eu/germany/news/20180412-europass_de

7.2. KOM: Eurobarometer zu sozialer Fairness

84% der Europäerinnen und Europäer sind der Ansicht, dass die Einkommensunterschiede in ihren Ländern zu groß sind. Die Spanne reicht von 96% in Portugal und 92% in Deutschland bis zu 59% in den Niederlanden. In allen Ländern, außer Dänemark, sind mehr als 60% der Menschen der Meinung, dass die Regierungen Maßnahmen zur Verringerung der Unterschiede ergreifen sollten, in Deutschland sind es 84%. Dies geht aus dem am 23. April 2018 von der KOM vorgestellten „Eurobarometer Spezial“ zur Meinung der Europäerinnen und Europäer zur Gerechtigkeit in der EU hervor.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-3427_de.htm

7.3. KOM: Bericht zu angemessenen Renten

Die KOM hat am 30. April 2018 den Bericht zur Angemessenheit der Renten- und Pensionshöhe (2018) veröffentlicht, der alle drei Jahre von der KOM und dem Komitee für Sozialschutz vorgelegt wird. Daraus geht hervor, dass die Mitgliedstaaten zwar zunehmend auf nachhaltige, angemessene Renten bei ihren Reformen achten, aber zukünftig noch weitere Maßnahmen notwendig sein werden. Jede Rentnerin und jeder Rentner habe – so die KOM – ein Anrecht auf ein würdevolles Leben. Dies sei ein Grundsatz der europäischen Säule sozialer Rechte. Angemessene Renten seien grundlegend, um Armut und soziale Ausgrenzung von älteren Menschen in Europa, besonders von Frauen, zu verhindern.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-3507_de.htm

7.4. EP: Vertretung von Frauen im Mediensektor

Am 17. April 2018 haben die Abgeordneten mit großer Mehrheit eine nichtlegislative Entschließung zur Gleichstellung der Geschlechter im Medienbereich innerhalb der EU angenommen. Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, die bestehenden Rechtsvorschriften zur Geschlechtergleichstellung vollständig umzusetzen und die Kontrollstellen zu ermutigen, die Beteiligung von Frauen im Mediensektor zu überwachen, in dem derzeit mehr als 1 Mio. Menschen in der EU beschäftigt sind.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+TA+P8-TA-2018-0101+0+DOC+PDF+V0//DE>

7.5. EuGH: Religion als Einstellungskriterium

Der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) hat mit Urteil vom 17. April 2018 entschieden, dass eine Kirche oder eine andere Organisation, deren Ethos auf religiösen Grundsätzen oder Weltanschauungen beruht, eine Entscheidung wie die Ablehnung einer Bewerbung nur mit dem Argument begründen kann, die Religion sei nach der Art der betreffenden Tätigkeiten eine wesentliche, rechtmäßige und gerechtfertigte berufliche Anforderung, wenn diese Anforderung mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit in Einklang steht und Gegenstand einer gerichtlichen Kontrolle sein kann.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2018-04/cp180046de.pdf>

8. Infrastruktur und Landesplanung

8.1. KOM: Notrufsystem „eCall“

Seit dem 1. April 2018 ist das Notrufsystem „eCall“ in der EU für alle Fahrzeugtypen verpflichtend, die ab diesem Stichtag neu zugelassen werden. eCall wird bei schweren Unfällen automatisch aktiviert und verbindet sich dann mit dem europäischen Notruf 112, um Standortdaten und Unfallzeitpunkt zu übermitteln. Die KOM erwartet von der flächenmäßigen Einführung des Notrufsystems ein schnelleres Eintreffen der Rettungsfahrzeuge und dadurch weniger Verkehrstote.

https://ec.europa.eu/germany/news/20180328-ecall-neuwagen-verpflichtend_de

8.2. KOM: Europas Straßen zählen zu den sichersten

Die KOM hat am 10. April 2018 die Statistik zur Straßenverkehrssicherheit in der EU vorgestellt. Danach ist die Zahl der Verkehrstoten leicht zurückgegangen. Im Jahr 2017 verloren 25.300 Menschen im Straßenverkehr ihr Leben, 300 weniger als noch 2016. Seit 2010 beträgt der Rückgang 20%. Das Ziel der EU, die Zahl der tödlichen Unfälle von 2010 bis 2020 zu halbieren, wird aber wohl nicht mehr erreicht. Die EU kommt insgesamt auf 49 Verkehrstote je eine Million Einwohner (Deutschland: 38, USA: 106, weltweit: 174 Menschen pro Million Einwohner). Die KOM will noch vor der Sommerpause 2018 einen neuen Rechtsrahmen für die Straßenverkehrssicherheit vorlegen.

https://ec.europa.eu/germany/news/20180410-strassensicherheit_de

8.3. KOM: Gemeinsamer europäischer Datenraum / Verkehr

Am 25. April 2018 hat die KOM vorgeschlagen, die Richtlinie über die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors (public sector information Richtlinie – PSI-RL) zu überarbeiten. Öffentliche Unternehmen, z. B. Verkehrs- oder Versorgungsunternehmen, sollen in begrenztem Umfang verpflichtet werden, ihre Daten zugänglich zu machen. Sie werden wie bisher Gebühren für die dafür entstandenen Kosten erheben können und sie unterliegen keiner allgemeinen Verpflichtung zur Freigabe von Daten. Wenn sie jedoch Daten zur Weiterverwendung freigeben, gelten für sie die Anforderungen in Bezug auf Transparenz, Nichtdiskriminierung und Nichtausschließlichkeit. Weiterhin schlägt die KOM Leitlinien zum Aufbau eines gemeinsamen europäischen Datenraumes vor.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-3364_de.htm

8.4. EP: Regelung zur Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden

Das EP billigte am 17. April 2018 die überarbeitete Richtlinie zur Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden. Die Mitgliedstaaten werden verpflichtet, langfristige Renovierungsstrategien zu entwickeln, um bis 2050 einen hochgradig energieeffizienten Gebäudebestand zu erreichen. Für Gebäude mit mehr als 10 Stellplätzen wird der Einbau von Ladepunkten für Elektroautos vorgeschrieben. In Nichtwohngebäuden, die neu gebaut oder umfangreichen Renovierungen unterzogen werden, ist mindestens ein Ladepunkt einzubauen und die Vorverkabelung, die Ladepunkte für mindestens jeden fünften Stellplatz ermöglicht, obligatorisch. Der Rat muss noch förmlich zustimmen. Die Umsetzungsfrist beträgt 20 Monate.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-3374_de.htm

8.5. EP, KOM: Initiative „DiscoverEU“:

Ab diesen Sommer können sich junge Menschen für „DiscoverEU“ um Interrail-Tickets (Travel-Pass) bewerben und kostenlos durch Europa reisen. Die erste Bewerbungsrunde läuft vom 12.-26. Juni 2018. Die Interessentinnen und Interessenten müssen (am 1. Juli 2018) 18 Jahre alt, Bürgerinnen oder Bürger eines EU-Landes und bereit sein, diesen Sommer auf Reisen zu gehen. Sie können bis zu 30 Tage unterwegs sein und ein bis vier Ziele im Ausland besuchen. Die Initiative wurde vom EP gestartet.

https://ec.europa.eu/germany/news/20180503-discovereu_de

https://europa.eu/youth/discovereu_de

8.6. EuGH: Regionalen Abgaben für große Einzelhandelsunternehmen

Der EuGH hat mit Urteilen vom 26. April 2018 entschieden, dass bestimmte regionale Abgaben, die drei spanische autonome Gemeinschaften für große Einzelhandelsunternehmen erheben, mit dem Unionsrecht vereinbar sind. Die Abgaben sollen die Auswirkungen auf den Raum, den Umweltschutz und die Struktur des städtischen Einzelhandels in der jeweiligen Region ausgleichen, da die höheren Besucher- und Verkehrsaufkommen dieser Einrichtungen die örtliche Umwelt belasten. Die Abgaben verstoßen nicht gegen die Niederlassungsfreiheit. Die Befreiung bestimmter anderer Einzelhandelsunternehmen von den Abgaben stellt auch keine staatliche Beihilfe dar.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2018-04/cp180057de.pdf>

8.7. EuGH: Ausgleichszahlungen bei wildem Streik des Flugpersonals

Der EuGH hat am 17. April 2018 entschieden, dass ein „wilder Streik“ des Flugpersonals, der auf die überraschende Ankündigung einer Umstrukturierung folgt, keinen „außergewöhnlichen Umstand“ darstellt, der eine Fluggesellschaft von Ausgleichszahlungen bei Annullierung oder großer Verspätung von Flügen befreit. Die Risiken, die sich aus Umstrukturierungsmaßnahmen ergeben, seien Teil der normalen Ausübung der Tätigkeit der Fluggesellschaft.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2018-04/cp180049de.pdf>

8.8. EP: Schärfere Kontrolle von Kraftfahrzeugen

Das EP billigte am 19. April 2018 die informelle Einigung mit dem Rat zu strengeren und strenger kontrollierten Vorschriften für die Automobilindustrie. Die „Verordnung zur Modernisierung des Typpengenehmigungssystems für Kraftfahrzeuge“ wird den geltenden EU-Rechtsrahmen ab 1. September 2020 ersetzen. In Zukunft kann die KOM Kontrollen an Fahrzeugen durchführen, EU-weite Rückrufe starten und bei Verstößen Bußgelder bis zu 30.000 EUR pro Fahrzeug gegen Hersteller oder technische Dienste verhängen. Die KOM wird den Vorsitz in einem neuen Forum für die Durchsetzung von Rechtsvorschriften führen. Der Rat muss noch förmlich zustimmen.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20180411IPR01522/kfz-zulassungen-neue-eu-regeln-zur-vermeidung-weiterer-emissionsbetrugereien>

https://ec.europa.eu/germany/news/20180420Diesel_de

9. Verschiedenes

9.1. KOM: Fortschrittsberichte zu Westbalkan-Staaten und Türkei

Die KOM hat 17. April 2018 ihr jährliches Erweiterungspaket zusammen mit den Bewertungen der Fortschritte und der Wirtschaftsreformprogramme für den westlichen Balkan und die Türkei vorgelegt. Für die Kandidatenländer Albanien und die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien hat die KOM die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen empfohlen. Insgesamt aber mahnt die KOM in ihren Berichten erneut größere Reformanstrengungen in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, öffentliche Verwaltung und Wettbewerbsfähigkeit an. Bei den Entwicklungen in der Türkei kritisiert die KOM die Rückschritte bei Rechtsstaatlichkeit und Grundrechten.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-3342_de.htm

9.2. Geberkonferenz für Syrien und die Region

Am 24. und 25. April 2018 fand die von der EU gemeinsam mit den Vereinten Nationen organisierte 2. Brüssel-Konferenz zur „Unterstützung der Zukunft Syriens und der Region“ statt. Ziel war, humanitäre Hilfe für die Syrerinnen und Syrer im Land und in den Nachbarländern zu mobilisieren und die Resilienz der Aufnahmeländer zu unterstützen, d. h. ihre Fähigkeit, mit der Krise umzugehen. Am ersten Tag der Konferenz gab es einen Dialog mit über 200 Nichtregierungsorganisationen (NGOs) aus Syrien, Jordanien, Libanon und der Türkei. Die Ergebnisse der Diskussionen und konkrete Handlungsempfehlungen der NGOs flossen in die Plenarsitzungen ein, an denen über 85 Delegationen aus der EU und den Regionen, aus der internationalen Gemeinschaft, den Vereinten Nationen, den wichtigsten Geberländern und der Zivilgesellschaft sowie humanitären und Entwicklungsorganisationen teilnahmen. Die EU sagte die Fortsetzung von Hilfszahlungen bis 2020 in Höhe von 560 Mio. EUR zu. Das Geld kommt syrischen Binnenflüchtlingen sowie syrischen Geflüchteten in den Aufnahmeländern Jordanien und Libanon zugute. Für die über 3 Millionen von der Türkei aufgenommenen Flüchtlinge stellte die EU weitere 3 Mrd. EUR in Aussicht.

https://ec.europa.eu/germany/news/syrien20180424_de

https://ec.europa.eu/germany/news/geberkonferenz20180425_de

III. Öffentliche Konsultationen

Nachfolgend sind die durch die KOM im April eingeleiteten öffentlichen Konsultationsverfahren aufgeführt. Die Themenangaben sind mit weiteren Informationen zu der jeweiligen Konsultation verlinkt.

Alle laufenden Verfahren finden Sie unter: https://ec.europa.eu/info/consultations_de

- [Öffentliche Konsultation über Maßnahmen zur Verbesserung der Wirksamkeit der Bekämpfung illegaler Online-Inhalte](#)
Schwerpunkte: Digitale Wirtschaft und Gesellschaft
Konsultationszeitraum: 30. April 2018 – 25. Juli 2018
- [Öffentliche Konsultation zur offenen Methode der Koordinierung für die Aquakultur in der EU](#)
Schwerpunkte: Maritime Angelegenheiten und Fischerei
Konsultationszeitraum: 26. April 2018 – 20. Juli 2018
- [Öffentliche Konsultation zur Evaluierung der Richtlinie über die strategische Umweltprüfung](#)
Schwerpunkte: Umwelt
Konsultationszeitraum: 23. April 2018 – 23. Juli 2018
- [Öffentliche Konsultation über mögliche Maßnahmen zur Regulierung der Umweltauswirkungen von Werkzeugmaschinen und Schweißgeräten](#)
Schwerpunkte: Binnenmarkt, Energie, Unternehmen und Industrie
Konsultationszeitraum: 16. April 2018 – 10. Juli 2018
- [Öffentliche Konsultation zu Drohnen \(unbemannte Luftfahrzeuge\) – technische Normen für Drohnen als Produkt sowie Bedingungen für den Drohnenbetrieb](#)
Konsultationszeitraum: 13. April 2018 – 09. Juli 2018
- [Öffentliche Konsultation zu den Europäischen Kulturhauptstädten 2017 Aarhus \(DK\) und Paphos \(CY\)](#)
Schwerpunkte: Bildung, Jugend, Sport und Kultur
Konsultationszeitraum: 9. April 2018 – 11. Juli 2018
- [Öffentliche Konsultation zu Gebühren für die Nutzung von Flughafeninfrastrukturen](#)
Schwerpunkte: Verkehr
Konsultationszeitraum: 3. April 2018 – 26. Juni 2018

IV. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesvertretung

Die Vertretung des Landes Brandenburg ist eine eigene Dienststelle und zugleich ein Referat der Abteilung IV (Europa) des Ministeriums der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz.

Dr. Marcus Wenig – Leiter Tel.: 0032 2 737 74 50

(Grundsatzfragen, Beziehungen zu den EU-Institutionen, Partnerregionen)

Jörg Kubicki – stellvertretender Leiter Tel.: 0032 2 737 74 31

(Justiz, Verbraucherschutz)

Birgit Urban Tel.: 0032 2 737 74 63

(Wirtschaft, Energie; Regionalpolitik)

Marion Maurer Tel.: 0032 2 737 74 62

(Finanzen; Arbeit und Soziales)

Jens Hammerschmidt Tel.: 0032 2 737 74 56

(Inneres, Kommunales)

Christina Schlawe Tel.: 0032 2 737 74 64

(Infrastruktur, Landesplanung; Wissenschaft, Forschung, Kultur)

Claudia A. Lehmann Tel.: 0032 2 737 74 58

(Verwaltung, Haushalt, Veranstaltungen, Praktika)

Peggy Navarro Tel.: 0032 2 737 74 52

(Büroassistentin)

Fritz Lehmann Tel.: 0032 2 737 74 61

(Hausmeister, Fahrer)

Adresse:

Vertretung des Landes Brandenburg bei der EU

Rue Joseph II / Jozef II straat 108

B- 1000 Brüssel

Telefon: 0032 2 737 74 51

Fax: 0032 2 737 74 69

E-Mail: poststelle@eulv.brandenburg.de

Web: www.eulv.brandenburg.de